

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK, Leitartikel

Großmacht Deutschland

Die Berliner Außenpolitik hält sich am liebsten nur an die Regeln, die sie selber macht /

Josef Joffe

Anti-amerikanisch«, »anti-europäisch«, »anti-demokratisch« - solche grellen Aufkleber würde Rot-Grün entrüsten von der eigenen Außenpolitik abreißen. Sie sind überspitzt und unfair. Aber auch ganz falsch? Unbemerkt, jedenfalls kaum diskutiert, sind die klassischen Koordinaten deutscher Außenpolitik aus den Fugen geraten, die alten Fronten verrutscht. Das »Warum« ist so unklar wie das »Wohin«.

Vorweg ein paar jüngere Beispiele. Unter das Rubrum »anti-amerikanische Diplomatie« fällt der unbändige Drang, das EU-Waffenembargo gegen China zu kippen. Ist ja nur ein »symbolischer Akt«, murmelt es in Berlin; niemand denke daran, in das große Waffengeschäft mit dem unruhigen Riesen einzusteigen. Bloß: Wie Psychologie in der Wirtschaft, ist Symbolik in der Politik die halbe Miete. Folglich wäre das Signal an die Vereinigten Staaten fatal.

Wenn es zum großen Krieg kommt, dann in der Straße von Taiwan, wo die US-Pazifikflotte den überbordenden Nationalismus Chinas zurückstaut - die Ersatzideologie für den dahinsiechenden Kommunismus. Just hat das Anti-Sezessions-Gesetz das »rechtliche« Unterfutter für eine Invasion ausgebreitet. Das wäre der weltpolitische Gau. Und das Embargo-Ende würde signalisieren: »Uns ist es egal, wenn dereinst amerikanische Soldaten mit europäischer Technologie massakriert werden.«

Die Japaner sind auch nicht amüsiert; ihr Angstgegner ist China, das rasant aufrüstet.

Mag sein, dass es Berlin und Paris (London kriegt inzwischen kältere Füße) nur darum geht, Peking zu streicheln, um so mehr Airbusse und anderes Zivilgerät verkaufen zu können. Es mag aber auch sein, dass die Großstrategen in den Hinterstübchen von einer Allianz der Flanken träumen, welche die »letzte verbleibende Supermacht« in die Zange nimmt. Die Unterstellung ist bei all dem Gerede über eine »multipolare Welt« auch nicht absurd; auf jeden Fall sorgen sie sich in den Washingtoner Hinterstübchen ganz offen über eine solche »Umkehr der Bündnisse«. So steht hier mehr auf dem Spiel als eine Hand voll Euro. Die Schicksalsfrage lautet: Bündnis- oder Gleichgewichtspolitik? Diese möge man nicht unter Arbeitsmarkt-Gesichtspunkten beantworten.

Anti-europäisch? Hier lässt der »deutsche Weg« einen anderen Traditionsbruch ahnen, der ebenso wenig »aus dem Bauch heraus« vollzogen werden darf. Die Stichwörter sind »Stabilitätspakt« und »Dienstleistungsdirektive«, die unter der Regie von Berlin und Paris aufgelöst worden sind. Auch hier baut sich jenseits der kleinteiligen Debatte über das Für und Wider ein sehr großteiliges Problem auf: Wer hat die Macht - Europa oder die Elefanten unter den Nationalstaaten?

Die Antwort, die aus Berlin und

Paris nach Brüssel schallt, lautet: »Wir!« Da ist es egal, dass Deutschland den anderen einst das Drei-Prozent-Defizit-Korsett verpasst hat; jetzt ist es zu eng, also weg damit. Auch ist es egal, dass die EU vor fünf Jahren die »Lissabon-Agenda« verabschiedet hatte, die Europa bis 2010 zur »wettbewerbsfähigsten« Wirtschaft machen sollte. Die aber setzt offene Grenzen auch für Dienstleistungen voraus, die 70 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung ausmachen. Trotzdem hatte kein EU-Kommissar die ältere »Entsenderichtlinie« angetastet, wonach die Mindestregelungen des Empfänger- und nicht des Herkunftslandes Gesetz sind. Doch schon wurde die Keule des »Sozialdumpings« bemüht: Europa gilt für Autos und Äpfel, nicht aber für Arbeit. Competitiveness muss so lange warten wie die 600 000 neuen Jobs, die eine Kommissions-Studie vorausgesagt hat. Für Berlin und Paris gilt: Wir wollen alte Jobs schützen, nicht neue schaffen - und dies bei zwölf Prozent Arbeitslosigkeit.

Was die beiden praktizieren, ist just der Großmacht-Chauvinismus, den sie mantramäßig den USA ankreiden: Unilateralismus zu zweit. Oder: Wir unterwerfen uns nur den Regeln, die wir selber machen. Und deshalb eine zweite Schicksalsfrage: Werden die Historiker dereinst auf 2005 zurückblicken und konstatieren, damals wurde das Integrationstempo Europas rüde gebremst, die

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Modernisierungsmaschine, die den Bürgern vom Billigtelefonat bis zum Billigflug so viel Gewinn verschafft hatte, auf Sparration gesetzt? Wie im 19. Jahrhundert übernahm ein »Europäisches Konzert« der Großen das Regiment.

Schließlich die D-Frage. Bei der Demokratie ist ausgerechnet Rot-Grün »auf der falschen Seite des Flusses« (Müntefering in anderem Kontext) gelandet. Neuerdings sind Autokraten wie Putin, Hu und die Golf-Potentaten Deutschlands beste Freunde. Wenn Kiew orange erblüht, gerät Fischer ins Stottern, wenn Millionen in Beirut und Taipei auf die Straße gehen, blättert man erst in der Aktenlage. Die Wut auf die amerikanische Machtentfaltung im Irak sorgte auch dann noch für dünnen Applaus, als dort 60 Prozent der Wahlberechtigten trotz Terrors zu den Urnen eilten. Jetzt frisst sich das Feuer der Auflehnung bis nach Kyrgystan, und Berlin schweigt.

Der »Diktaturverstehrer Deutschland« ist ein altes Phänomen. Auch Brandt und Kohl fanden Dissidenten peinlich; die roten Zaren hatten den Vorrang. Aber die Grünen, die sich in den Schador hüllen, um mit dem Kanzler Arabien zu bereisen? »

Demokratisierung gleich Destabilisierung« scheint die schlichte Prämisse zu sein. Oder auch: »Demokratisierung gleich Amerikanisierung« - es darf nicht sein, dass die Bushisten mit dem falschen Krieg den richtigen Trend beflügeln.

Natürlich lautet die Konsequenz nicht »Idealpolitik statt Realpolitik«. Das Gute und Schöne ist das Privileg der Opposition (das die hiesige aber auch nicht hochhält). Bloß sind Demokratie und Stabilität kein Feindespaar, wie die Regierung wähnt. Es hat sich etwas getan in unserer Zeit, was den Gleichklang Demokratie - Labilität in sein Gegenteil verkehrt. Chaos sprießt dort, wo die Unterdrückung herrscht - von Milosevics Serbien über Algerien bis nach Zentralasien. Gefahr ist mit Despotismus gekoppelt: in Saddams Irak, in Zentralafrika, in Nordkorea, das Atomwaffen schon hat, in Iran, das nach ihnen greift. Der Totalitäre von Tripoli musste bombardiert und isoliert werden, bevor er vom Terror abließ. China ist ein Risiko, weil es die Parteidiktatur mit einem aggressiven Nationalismus zudeckelt. Pakistan ist eine Sprengladung mit kurzer Zündschnur, der demokratische Riese Indien ist es nicht.

Demokratisierung ist also keine schlechte Realpolitik. Dagegen ist die Unterwerfung der EU-Kommission nicht besonders klug. Und Amerika? Bei allem Ressentiment gegen den entfesselten Gulliver gilt die älteste Einsicht deutscher Außenpolitik. Von Wilhelm II. bis Hitler hat die Feindschaft nur Desaster gezeugt, von Adenauer bis Kohl war die atlantische Verankerung ein gutes Geschäft. Auch wenn die Freundschaft passé, die Abhängigkeit geschwunden ist, mögen die kühlen Rechner bedenken, dass sie den Riesen nur ärgern, nicht aber zu Fall bringen können. Europa als Zuchtmeister? Das ist eine Illusion, die sie von London bis Warschau nicht teilen werden - erst recht nicht, wenn Berlin weiter so auf der Baustelle EU herumfuhrwerk.

Die Werte und Interessen der deutschen Außenpolitik sind aus den Fugen geraten - und niemand guckt so richtig hin, auch nicht die Opposition. Ist das der richtige Konsens? Die Staatsräson dieser Republik sagt nein.

Audio www.zeit.de/audio